

Wolfsmonitoring ist Ländersache - Ist das gut so?

Föderalismus ist in Deutschland ein hohes Gut, aus leidiger historischer Erfahrung unserer Geschichte ein Grundpfeiler der Verfassung unseres Landes. Zweifelsfrei, solange es um seine Bürger und ihre Rechte geht. Auch im Naturschutz sollte das so sein - ja warum nicht? Der findet vor Ort statt und es geht doch darum, im eigenen Umfeld etwas dafür zu tun, dass wir Menschen nicht den letzten Rest von Natur in unserer Kulturlandschaft zu Grunde richten.

RICHTIG?!

Nicht ganz, denn es gibt Tierarten, die einen weit größeren Lebensraum benötigen als teilweise kleinräumige Verwaltungseinheiten wie Landkreise und Bundesländer. Der Wolf führt es uns seit zwei Jahrzehnten vor, dass dogmatisches Denken in Verwaltungseinheiten schon von einer einzigen Art völlig überfordert wird. Dabei hat es noch nie eine freilebende Tierart in Deutschland gegeben, für die in so kurzer Zeit ein höherer Verwaltungs- und Forschungsaufwand betrieben wurde, als den Wolf. Mit welchem Erfolg? Der maximalen Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern einer Art, die objektiv in ihrem Bestand weder gefährdet noch vom Aussterben bedroht ist. Diese Spaltung ist bestens geeignet, den Natur- und Artenschutz in unserem Land komplett in Misskredit zu bringen. Diese Spaltung setzt sich fort zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Eine vermeintliche, weitgehend urbanisierte, Mehrheit meint, der ländlichen Minderheit derer, die den Städtern den Lebens- und Erholungsraum erhalten, ihr Leben vorschreiben zu müssen.

FALSCH!

Beide Lebensräume, der ländliche wie der städtische, verfügen über ihre eigenen Mehrheiten und ihre eigene Verantwortung. Fremdbestimmung ist hier auf keiner Seite gewollt und mit Sicherheit nicht Grundgedanke des Föderalismus. Derzeit scheint es weniger die Frage zu sein, was wir mit dem Wolf machen, als umgekehrt. Die Folgen des planlosen Tuns, welches hochtrabend als Wolfsmanagement bezeichnet wird, lassen sich bestens an den rapide wachsenden Schäden ablesen, die der Wolf in der Weidetierhaltung anrichtet. Das sind direkte Schäden in Form von Rissen und es ist noch viel mehr der erhebliche Mehraufwand für den Herdenschutz, seien es die erforderlichen Investitionen oder die gestiegene Arbeitsbelastung der Tierhalter. All dies, geht man quer durch die Bundesländer, teilweise ohne jede Förderung oder Entschädigung, dafür oft genug mit blumigen Erklärungen, dass man zukünftig alles bezahlen oder erstatten wolle, was da an Kosten entsteht, geschmückt. Hauptsache dem Wolf geht es gut. Wie das in den einzelnen Ländern geregelt ist oder sein sollte, ist an anderer Stelle auszuwerten.

Wie gut es dem Wolf in Deutschland geht wird besonders deutlich, wenn man sich intensiver mit den Nutztierissen befasst, soweit diese überhaupt von den zuständigen Stellen der Länder veröffentlicht werden. Hier offenbaren sich, was Transparenz und Informationsbereitschaft angeht, Klassenunterschiede. Ohne dabei vermittelte Inhalte und die Qualität der Rissbeurteilung vor Ort zu bewerten, ergibt sich für die Bundesländer mit territorialen Wolfsvorkommen eine klare Rangfolge:

- Es führt eindeutig **Niedersachsen** mit zeitnah geführter Rissliste und interaktiver Karte. Der dokumentierte Bearbeitungsstand der Fälle und gelegentlich fehlende Daten anderweitig bekannt gewordener Risse zeigen, dass man mit den rapide steigenden Risszahlen völlig überfordert ist. Absicht sollte dabei vorerst nicht unterstellt werden.

- Es folgt **Sachsen**, ebenfalls mit einer meist zeitnah geführten Liste, die aber in ihren Kommentaren die negative Einstellung der Verantwortlichen gegenüber den geschädigten Tierhaltern deutlich dokumentiert
- Mit großem Abstand kommt **Brandenburg** mit einer Karte und einer Liste der Risse, bei denen man zu einem Befund Wolf, oder Wolf nicht auszuschließen, gekommen ist. Wie oft man sich anders entschieden hat, ist an den fehlenden Laufnummern der Fälle zu erkennen.

Danach wird es dunkel!

In **Mecklenburg-Vorpommern** darf man die Pressemitteilungen des zuständigen Ministeriums durchforsten, um an Informationen zu kommen.

In **Schleswig-Holstein** bedurfte es mehrerer parlamentarischer Anfragen, um wenigstens das Rissgeschehen der vergangenen Jahre der Öffentlichkeit in Teilen zugänglich zu machen. Freiwillig wird man wohl auch in Zukunft keine Informationen geben, solange es dort einen grünen Umweltminister gibt, in dessen Auftrag der namhafter Vertreter eines Verbandes, der sich den Schutz der Wölfe auf die Fahnen geschrieben hat, das Monitoring koordiniert. Man will ganz einfach nicht, und dann waren es ja oft die streunenden (aber unsichtbaren) Köter!

Endgültig in Dunkeldeutschland sind wir in **Sachsen-Anhalt** angekommen. Dort gibt es zwar jetzt ein Kompetenzzentrum für den Wolf mit 5 Mitarbeitern, aber seit Jahren kein Sterbenswörtchen über das Rissgeschehen rund um die inzwischen bekannten Wolfsvorkommen im Land. Auch der letzte verfügbare Monitoringbericht 2015/16 schweigt sich dazu aus. Informationen gibt es ausschließlich aus wenigen Tageszeitungen, die sich des Themas noch annehmen oder Plattformen in sozialen Medien, die aber keinesfalls **ehrliche**, offizielle Informationen ersetzen können.

Die beiden letztgenannten Bundesländer taugen bei diesem Thema nur als schlechtes Beispiel. Dies sei besonders den Ländern auf den Weg gegeben, die in den kommenden Jahren vom Wolf besiedelt werden. Das werden alle Flächenländer Deutschlands sein. Man muss das Rad nicht neu erfinden, aber wer Akzeptanz für den Wolf erreichen möchte, muss mit der Transparenz beginnen. Das gilt auch und gerade für die unvermeidbaren Begleiterscheinungen, die das Raubtier Wolf bei seiner derzeit uneingeschränkten Ausbreitung mit sich bringt.